



Freiburg – Stadt für Alle?!

Arme raus aus Freiburg

So hätte mal wieder das Motto der diesjährigen Immobilienmesse lauten können. Da diskutiert man unter dem Motto „Verkaufserlöse maximieren“ im Vortrag ernsthaft die Frage „warum die meisten Immobilien noch immer unter Preis verkauft werden.“ Es reicht also nicht, dass die Miete in Freiburg in den letzten 5 Jahren um fast 20% und der Preis für eine Eigentumswohnung sogar um über 50% gestiegen ist und die Stadt auf Platz 6 gelistet wird, wenn es beim Immobilienblasenindex um den Städtevergleich des überhitztesten Wohnungsmarkt geht, weil es selbst hier immer weniger Menschen gibt, die sich die Wahnsinnspreise noch leisten können. Freiburg muss, so die Hoffnung auf der IMMO Messe, noch teurer werden. Es soll noch mehr Geld aus dem Betongold herausgepresst werden. Die Immobilienblase wird weiter aufgeblasen und alle mit weniger Kapital aus der Stadt herausgeblasen.

Die Opfer der Verdrängung

Und die Zahl der Verdrängten wird weiter wachsen, ist Freiburg doch z.B. eines der Niedriglohnparadiese. 51,5% oder 143.400 der Beschäftigungsverhältnisse sind atypisch. Dahinter verbergen sich: 1-€ Jobs, geringfügige 450€-Jobs, Teilzeitarbeit unter 19 Wochenstunden oder Leiharbeit.

Auch Familien mit Kindern können den Zahlkampf mit Studierenden, die in WGs die Mietlast auf verschiedene Schultern verteilen und so absurde Mieten zahlen, nicht bestehen und müssen vermehrt ins Umland ausweichen.

Wohnsitzlose haben sowieso kaum eine Chance, eine Wohnung zu finden und werden z.B. in der überfüllten Obdachlosenunterkunft, mit dem fast schon ironisch anmutenden Namen Oase, teilweise sogar mit Fahrkarten ausgestattet, um zu signalisieren: *Hier gibt es keinen Platz für euch. Verlasst Freiburg.* Im Sinne dieser Verdrängungsspirale ist es eigentlich nur konsequent, dass Freiburg ab 2016 mit der Einrichtung einer Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge (LEA) auf eine ausgrenzende, abschreckende Einrichtung auch bei der Flüchtlingspolitik setzt, die ganz auf die Linie von CSU; PEGIDA; Gall (SPD) und Kretschmann (Grüne) getrimmt ist und schnellere Ablehnungen von Asylanträgen und schnellere Abschiebungen erleichtern soll. Statt Geflüchtete als festen Teil der Stadt anzuerkennen, alles für eine dezentrale Wohnversorgung zu tun und Konzepten, die ein

„RECHT - AUF - STADT“ - NETZWERK - TREFFEN

Jeden 2. Freitag im Monat um 20.30 Uhr. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen! www.rechtaufstadt-freiburg.de

TERMINE

- 13.03. 20.30 Uhr | Recht auf Stadt – Netzwerktreffen | Syndikats-Büro (Adlerstr. 12)

- 17.03. | Treffen des Freiburger Fourms aktiv gegen Ausgrenzung | Rasthaus (Adlerstr. 12)

Recht auf Stadt – Filmreihe im Koki:

- 07.03. 19:30 Uhr | Film: Wem gehört die Stadt? Bürger in Bewegung | koki

- 13.03. 17:30 Uhr | Film: Göttliche Lage: Wandel der Industrie- zur Freizeitgesellschaft (für wenige) | koki
Jeweils mit den FilmemacherInnen, koki (Urachstr. 40)

Zusammenleben mit Geflüchteten ermöglichen, eine Chance zu geben, entledigt man sich lieber der Verantwortung für eine dauerhafte Flüchtlingsunterbringung.

Klassenkampf von oben

Anstatt sich Gedanken um bezahlbaren Wohnraum für Alle zu machen, wird lieber das Eigentum derer geschützt, die mehr als genug davon haben. So berät die Polizei beim Klassenkampf von oben auf der IMMO-Messe die Besitzenden, für deren Interessen sie sonst den Knüppel schwingt, in einem Vortrag mit dem Titel: *Schutz der Immobilie vor Einbruch.*

Schön an dem Ganzen: Veranstalter ist die FWTM, die Freiburger Wirtschaft Touristik und Messe GmbH. Sie ist städtische Tochterfirma, bietet denen, die das Grundbedürfnis Wohnen noch teurer machen wollen, eine Plattform, und darf damit auch noch fette Schulden (aktuell über 11 Millionen) machen. Geld, das natürlich aus Steuern kommt.

Und wer darf keine Schulden machen, sondern muss statt bezahlbaren Wohnraum für möglichst viele Menschen zu bieten, Profit erwirtschaften? - Richtig: Die Stadtbau.

Es ist Zeit für einen Wechsel der Windrichtung: Weg vom Wind der Verdrängung, hin zu einer Bewegung, die Freiburger Gewissheiten hinwegfegt: Müssen Investoren wirklich berücksichtigt werden? Müssen, Baugruppen für das privilegierte Bürgertum bevorzugt werden? Müssen Sozialbindungen auslaufen? Beim Hamburger Kampf um das Areal der ESOHäuser wurde gezeigt, dass Menschen mit sehr unterschiedlicher sozialer Herkunft etwas erreichen können, wenn sie zusammen kämpfen. Höchste Zeit, dass wir es ihnen gleich tun und mehr Mitsprache bei der Gestaltung der Stadt durchsetzen.

FREIBURG NACH MÜNCHEN AM TEUERSTEN

Laut empirica ist Freiburg nach München die zweitteuerste Stadt beim Neubau von Eigentumswohnungen. Lag Freiburg 2008 bei den Preisen noch sehr nahe bei Hamburg und Stuttgart, sind seither die Neubauerwerbspreise explodiert.

[FR] SCHWARMSTADT MIT WACHSENDER VERDRÄNGUNG

Die jüngsten Bevölkerungsprognosen rechnen bis zum Jahr 2030 mit einem Anstieg der Einwohnerzahl Freiburgs von 218.000 auf 245.000 Personen. Die Anzahl der Haushalte soll um 10,4 Prozent steigen. Empirica rechnet mit einem weiteren Preisanstieg, der „Entmischung“ der Sozialstruktur und der Gefahr der Abwanderung von Familien in der Expansionsphase. Bei diesen weist Freiburg schon jetzt ein negatives Wanderungssaldo mit dem Umland auf.

[FR] GOETHE 2 ABRISS NACH ÜBER 4 JAHREN LEERSTAND UND 2 RÄUMUNGEN

Über vier Jahre nach dem Auszug des Erwerbslosentreffs Goethe 2 des Diakonischen Werks wurde der Gebäudekomplex an der Kronenbrücke nun abgerissen. Zwei Mal hatten AktivistInnen im Jahr 2011 versucht, das Gebäude zu besetzen und so wenigstens vorübergehend die großzügigen Räumlichkeiten zu nutzen. Beide Male wurde die Besetzung allerdings polizeilich geräumt. Das Hauptgebäude stammte ursprünglich aus dem Jahr 1868. Der jetzige Eigentümer, die Evangelische Stiftung Pflege Schönau, konnte es offenbar gut mit ihrem christlichen Gewissen vereinbaren, in zentraler Lage, gut nutzbare Räumlichkeiten leerstehen zu lassen. Und das trotz etwa 1400 Haushalten in der städtischen Wohnungs-Notfallkartei, trotz völlig überfüllter Obdachlosenunterkünfte, trotz fehlenden Wohnraums für Flüchtlinge etc.

SPANIEN: TÖDLICHE ZWANGSRÄUMUNGEN

In Zaragoza hat sich die 43-jährige Esther das Leben genommen, weil ihre Zwangsräumung kurz bevorstand.

ZWANGSRÄUMUNGEN BEI AKUTER SUIZIDGEFAHR RECHTSWIDRIG

Das Bundesverfassungsgericht hat angesichts des Falls eines über 80-jährigen Beschwerdeführers und seiner Frau, die das Eigentum an ihrem Wohnhaus durch Zwangsversteigerung verloren hatten, erklärt, dass das grundgesetzliche Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit das Vollstreckungsgericht dazu verpflichtet, besonders sorgfältig zu prüfen ob dem Schuldner räumungsfolgenbedingt schwerwiegende Gesundheitsbeeinträchtigungen bis hin zum Suizid drohen. Der neue Eigentümer hatte per Zwangsvollstreckung

räumen lassen wollen. Ein Sachverständiger war zum Ergebnis gekommen, dass die Selbstmordgefahr im Falle der Räumung hoch sei. Das Landgericht hatte den Vollstreckungsschutz dann aber aufgehoben. Die nun folgende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gilt allerdings nur bei akuter Suizidgefahr trotz zumutbarer Bemühungen, nicht aber bei latenter Selbstmordgefahr.

SCHERE ZWISCHEN ARM UND REICH GEHT IMMER WEITER AUSEINANDER

Im Jahr 2016 wird 1 Prozent der Weltbevölkerung mehr Vermögen besitzen, als der Rest der Welt zusammengenommen, so das Ergebnis der jüngsten Oxfam Studie. Das Vermögen der 80 reichsten Menschen hat sich zwischen 2009 und 2014 verdoppelt. Sie besitzen genauso viel wie die ärmeren 50 Prozent der Weltbevölkerung. Während die einen mehr haben, als sie in einem Leben je verbrauchen können, kämpfen Millionen Menschen um das tägliche Überleben, so Oxfam.

GLOBALE PREKARITÄT

Laut aktuellem Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zur weltweiten Beschäftigungslage hat die Zahl der prekären Beschäftigungsverhältnisse seit 2012 weltweit um 27 Millionen zugenommen. Die Hälfte dieser prekären Arbeitsverhältnisse befinden sich im subsaharischen Afrika und Südasien. Hier sind jeweils 3 von 4 ArbeiterInnen prekär beschäftigt. 10 Prozent der arbeitenden Weltbevölkerung verdienen 30 bis 40 Prozent des Gesamteinkommens. Die ärmsten 10 Prozent verdienen 2 Prozent des Gesamteinkommens. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit sei ein Phänomen aller Regionen. Der Frust, erklärt die ILO, heize soziale Unzufriedenheit an.

DOPPELT SO HOHE MIETEN BEIM MIETSHÄUSERSYNDIKAT DURCH KLEINANLEGERSCHUTZGESETZ?

Das sogenannte Kleinanlegerschutzgesetz, das sich momentan noch im Gesetzgebungsverfahren befindet, bedroht solidarisch wirtschaftende Projekte, die auf die Einwerbung von Direktkrediten angewiesen sind, existenziell. Eigentlich soll das Gesetz eine Reaktion auf die Pleite des Windkraftunternehmens Prokon sein und Investitionen von KleinanlegerInnen besser schützen. Für große Unternehmen stellt es kein Problem dar, für Projekte ohne riesige Eigenmittel allerdings schon. Die sogenannte Prospektspflicht, die fällig würde, wenn für Direktkredite geworben wird, würde etwa 50.000 Euro pro Jahr kosten. Für Projekte wie in Freiburg auf Gutleutmatten könnte das Mietsteigerungen von 50% bedeuten. So wären die geplanten sozialgebundenen Mietwohnungen un-

möglich und die Projekte am Ende.

VORKAUFSRECHT FÜR MIETER

Wird eine vermietete Wohnung verkauft, besitzen MieterInnen Vorkaufsrecht. Werden sie übergangen, können sie Schadensersatz verlangen, entschied der Bundesgerichtshof. Beim Verkauf an Familienangehörige des jeweiligen Vermieters gilt das Vorkaufsrecht nicht. Das Urteil, so der BGH, soll MieterInnen davor schützen, durch KäuferInnen aus der Wohnung verdrängt zu werden.

NACH ZWANGSRÄUMUNG DROHT KINDESENTZUG

Die 35-jährige Sofica Jucan, die mit ihrer sechsjährigen Tochter, ihrem einen Monat alten Baby und ihrem Freund in einem Zimmer in Hamburg wohnte, muss fürchten, ihre Kinder abgeben zu müssen. Sie und ihr Freund, der einer informellen Arbeit nachgeht, zahlten zwar regelmäßig 300 Euro Miete. Allerdings wohnten sie, ohne es zu wissen, in einer illegalen Wohnung. Es folgte die Zwangsräumung. Nun droht die Obdachlosigkeit. Denn RumänInnen, die keine Arbeit finden- für eine Mutter in Mutterschutz unmöglich - haben in Hamburg keine Leistungsansprüche und werden daher auch nicht in einer Familienunterkunft der Stadt untergebracht. Das Jugendamt schlägt der Mutter nun vor, in ihre Heimat zurückzukehren oder ihre Kinder abzugeben. Denn: Obdachlosigkeit stellt eine Kindeswohlgefährdung dar.

GRÜN-ROT SCHIEBT FREIBURGER FAMILIE INS ELEND AB

Am 20. Januar wurden vom Baden-Airpark insgesamt 140 Personen abgeschoben, darunter Sadbera Ametovic mit ihren 6 kranken Kindern aus Freiburg. Nun leben sie im Elendsviertel von Niš in Serbien. Derzeit leben sie dort beim Opa. 9 Menschen auf 9qm. Sogar unter der CDU gab es in Baden-Württemberg früher einen Winterabschiebestopp. Obwohl im Koalitionsvertrag das Motto 'Humanität hat Vorrang' in Sachen Flüchtlingspolitik vereinbart wurde, gab es nun unter Grün-Rot nicht einmal einen informellen Abschiebestopp im Winter. Am 24. Februar fand die nächste Sammelabschiebung statt. Hiervon bedroht war zu Redaktionsschluss u.a. eine Familie aus Langenargen am Bodensee, wo die Mutter in Serbien von Zwangsprostitution betroffen und die Tochter hiervon bedroht war. Bei der Abschiebung der Familie Ametovic ziehen sich Innenminister Gall (SPD) und Ministerpräsident Kretschmann auf ein vermeintlich formal korrekt verlaufenes Verfahren, das zur Abschiebung geführt hat, zurück. Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Weiterführende Links zu den Meldungen findet ihr wie immer auf der Homepage